

Straftaten gegen die Landesverteidigung der DDR

Die im Berichtszeitraum aufgeklärten Angriffe gegen die Organe und Einrichtungen der Landesverteidigung stellten eine Fortsetzung der Versuche des Gegners dar, durch systematische Aufklärung des auf dem Territorium der DDR stationierten militärischen Potentials und der Maßnahmen der DDR zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft sowie durch politisch-ideologische Zersetzungstätigkeit innerhalb der bewaffneten Organe Voraussetzungen zur Realisierung der aggressiven Absichten gegenüber der DDR und den anderen sozialistischen Staaten zu schaffen. Dieser Zielsetzung entsprechend versuchte insbesondere der Bundesnachrichtendienst, mit Agenturen in Einrichtungen der Deutschen Reichsbahn entlang der Staatsgrenze zur VR Polen einzudringen, um

- alle schienenengebundenen Militärtransporte, die im Rahmen der Warschauer Vertragsbeziehungen erfolgen, überwachen und daraus Schlußfolgerungen auf die Einleitung militärischer Maßnahmen zur Sicherung der DDR und der mit ihr verbündeten Staaten ableiten zu können,
- die für die Nachschubversorgung bedeutsamen Reichsbahnanlagen von Grenzbahnhöfen, Grenzübergangsstellen, Verladebahnhöfen und Verkehrsknotenpunkten an der Staatsgrenze Ost bis in alle Details aufzuklären,
- durch Besetzung solcher wichtigen Positionen, wie Dispatcherzentralen, mit Agenturen Möglichkeiten zu erschließen, das Heranführen von Truppen aus dem sozialistischen Hinterland im Verteidigungsfall oder in politischen Spannungszeiten durch Desorganisation und gezielte Diversions- und Sabotageakte zu verhindern oder zu verzögern.